

Argument der Woche

Bildung für alle statt soziale Auslese

In mehreren Bundesländern beginnt das neue Schuljahr. Und die alten Probleme zeigen sich wieder. Aber Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) vermeidet jede Aussage zur Bildungsmisere. Sie redet über ihr Lieblingsthema, ein milliardenschweres deutsches Mondfahrtprogramm. Diese Ignoranz ist ein Grund mehr für DIE LINKE, im Wahlkampf aktiv und vernehmbar für überfällige Reformen zu kämpfen.

Jede zweite Schule hat zu wenig Personal und bauliche Mängel. Unterrichtsausfall und Frust sind vorprogrammiert. In jeder dritten Klasse sitzen mehr als 25 Schülerinnen und Schüler. Tausende junge Lehrerinnen und Lehrer fehlen bundesweit. Ganztagschulen sind immer noch Mangelware. Die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer geht in den nächsten fünfzehn Jahren in Rente.

Bund und Länder haben jahrelang an der Bildung gespart, Lehrkräfte ausgepresst wie Zitronen und die Lehrmittelfreiheit abgeschafft. Keines der alten 15 EU-Länder gibt weniger Geld pro Grundschülerin und Grundschüler aus als Deutschland. Die Folgen sind fatal: Jeder fünfte 15-jährige kann selbst einfache Texte nicht richtig verstehen. 80.000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Eltern, die es sich leisten können, geben viel Geld für Nachhilfe aus oder schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen.

Mehr Geld für Bildung statt unsoziale Gebühren

DIE LINKE kämpft für ein erstklassiges öffentliches Bildungssystem. Bund und Länder müssen Bildung zu einer Gemeinschaftsaufgabe machen und die öffentlichen Bildungsausgaben steigern - auf sieben statt bisher vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die anderen Parteien setzen vor allem auf mehr private Bildungsausgaben. Die Grünen beispielsweise wollen alle - ob arm oder reich - mit einem „Bildungssoli“ besteuern. Städte und Kom-

munen erhöhen die Kita-Gebühren und lassen die Eltern für die erstreikte Lohnerhöhung der Erzieherinnen und Erzieher zahlen. Höhere Kita-Gebühren verschärfen aber die soziale Auslese genau so wie Studiengebühren. Sie verwehren Kindern aus einkommensschwachen Elternhäusern eine gute Betreuung und Bildung. DIE LINKE fordert Geld vom Bund für mehr und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher, für eine gute, gebührenfreie Kinderbetreuung.

„Eine Schule für alle“ – das ist die Zukunft!

In keinem Industrieland der Welt hängt die Bildung der Kinder so stark vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern ab. Das mehrgliedrige Schulsystem sortiert Kinder in verschiedene Schulen und entscheidet damit im Alter von zehn Jahren über ihre späteren Berufschancen. In der Regel schicken Lehrer die Kinder von Akademikern aufs Gymnasium, Kinder von Arbeiterinnen kommen bei gleicher Begabung eher auf die Hauptschule. Kinder von Migranten haben besonders schlechte Bildungschancen. Kinder mit Behinderungen werden auf Sonderschulen abgeschoben. CDU und FDP wollen dieses System beibehalten. Die SPD schafft nur die Hauptschulen ab.

DIE LINKE fordert stattdessen „eine Schule für alle“. Das bedeutet: Keine soziale Auslese in der Schule und individuelle Förderung aller Kinder. DIE LINKE will kleinere Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Ganztagschulen und sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule. Schule soll motivieren. In kleineren Klassen können Lehrerinnen und Lehrer auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Um den Schulalltag zu demokratisieren, will die DIE LINKE mehr Mitsprache für Schülerinnen und Schüler und Eltern.

Redaktionsschluss: 11. August 2009